

Bologna aussitzen!

Berlinweite Plattform für Studierende jenseits der Mindeststudienzeit

Kontakt: info@bologna-aussitzen.de • Netz: www.langzeitstudis.de

Bologna aussitzen! c/o AStATU, Sekr. EB 20, Straße des 17. Juni 145, 10 623 Berlin



Für die Damen und Herren von Presse, Rundfunk und Fernsehen!

Hochschulverträge, Bildung, Forschung

Berlinweite Interessenvertretung der Langzeitstudierenden gegründet!

In Anbetracht der derzeitigen hochschulpolitischen Katastrophe, sind zahlreiche Langzeitstudierende Berliner Hochschulen aus ihrem wohlverdienten hochschulpolitischen Ruhestand zurückgekehrt, und haben am vergangenen Wochenende, „Bologna aussitzen!“ gegründet.

„Bologna aussitzen!“ versteht sich als berlinweite Plattform für Studierende die die sogenannte Regelstudienzeit - dem Sinn nach eher Mindeststudienzeit – überschritten haben.

Aktueller Anlass war der Abbruch der Verhandlungen über die Hochschulverträge. Bekanntermaßen soll in den Hochschulverträgen auch die leistungsbezogene Mittelvergabe wieder festgeschrieben werden, die schon in der Vergangenheit den Mythos, Langzeitstudierende würden mehr Geld als andere Studierende kosten, künstlich mit Inhalt gefüllt hat und so dazu diente zahlreich repressive Maßnahmen, von der Zwangsberatung bis hin zur Exmatrikulation, gegen Studierende zu legitimieren. Darüber hinaus ist auch durch den gescheiterten Bologna-Prozess die Studiensituation für alle Studierenden bis an die Grenze des erträglichen zugespitzt worden. Schließlich sind in Berlin durch die Einführung von Bachelor und Master derzeit noch mehrere tausend Studierende in sogenannten „auslaufenden Studiengängen“ immatrikuliert. Sie studieren in Magister- und Diplomstudiengängen und blicken derzeit einer bedrohlichen Zukunft entgegen, denn Berliner Hochschulen und Senatsverwaltung versuchen diese Studierenden möglichst schnell loszuwerden. Dazu scheint jedes Mittel recht: von gezielter Fehlinformation, eingeschränktem Lehrangebot und sinnlosen Schikanen, wie dem Ausschluss von Studierenden aus Lehrveranstaltungen bis hin zur Drohung die Staatsexamensprüfungen für angehende Lehrerinnen und Lehrer einzustellen.

Auf der Gründungssitzung wurde in der Diskussion schnell klar, dass eines der Grundprobleme darin besteht, dass das aktuelle Bildungsideal ein unserer Meinung nach vollkommen falsches Menschenbild vermittelt: Das Studium wird nur als Mittel zum Zweck der Karrierebeschleunigung propagiert, weder wird von Studierenden Wissbegier erwartet noch haben sich viele Studierende diese über die Schule hinaus erhalten können. Nur in diesem Kontext sind die verschiedenen im Rahmen des gescheiterten Bologna-Prozesses in Mode gekommenen Zwangsmaßnahmen verständlich: physische Präsenz statt Interesse und Auseinandersetzung, Auswendiglernen statt Verständnis. Studierende, die sich freiwillig und aus Interesse mit ihrem Fach auseinandersetzen, sind nicht vorgesehen und auch gar nicht mehr vorstellbar.

Dazu kommt, dass sich die öffentliche Hand zunehmend aus der Finanzierung der Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen zurückzieht. Viele insbesondere kritische Fächer werden eingestellt. Die Hochschulen werden in Bezug auf Wirtschaftlichkeit und vor allem Verwertbarkeit ihrer Produkte, der Forschungsergebnisse, und der Arbeitsmarkttauglichkeit ihrer Absolventinnen und Absolventen, erst evaluiert und dann umgebaut. Bildungspolitik erscheint so als Wirtschaftspolitik. Bildung als Menschenrecht und als Voraussetzung für die individuelle Beteiligung am Gemeinwesen ist in politischen Diskussionen nicht mehr „notwendig“, da es nicht notwendig ist für die Profite der Unternehmen, und nicht mehr „finanzierbar“, weil es wichtiger ist die milliardenschweren finanziellen Risiken einer Mensch und Umwelt verachtenden Wirtschaftsform zu übernehmen.

Teil dieser Politik der Ressourcen-Umverteilung und der Werteumkehr im Bildungsbereich ist der gescheiterte Bologna-Prozess. Entscheidende Merkmale dieses derzeitigen Umbaus im Bildungssektor sind die Einführung von Studienpunkten, die Modularisierung und die gestuften Abschlüsse, die bald auch die Promotion im modularisierten Studium, statt in freier Selbstausbildung ermöglichen werden. Bildung wird durch diese Veränderungen in warenförmige und überwachbare Pakete abgepackt. Die Anhäufung von Studienpunkten – als Maß angehäuften Wissens und Aufzählung besuchter Veranstaltungen - bescheinigt dem Individuum seine Arbeitsmarkttauglichkeit. Diese sind nur an den Hochschulen zu erhalten, die die Fähigkeiten eines Menschen zukünftig für viel Geld in Studienpunkte umwandeln und so mit ihrem Label versehen. Die in vielen Bundesländern bereits eingeführten Studiengebühren sollen uns lehren, das Studium nur noch als private Investition in die eigene finanzielle Zukunft zu betrachten.



Diese Veränderungen sind nur vor dem Hintergrund des GATS (General Agreement on Trade in Services) zu verstehen, das Bildung als international vermarktbar definiert. Teil dieser nicht-öffentlichen Verträge ist die Privatisierung insbesondere bisher staatlicher Dienstleistungen, wie Bildung und Gesundheit. So zielte der gescheiterte Bologna-Prozess nie auf einen offenen europaweiten Studienaustausch, sondern auf die Schaffung eines privatisierten europaweiten Bildungsmarktes; und die viel zitierte Vergleichbarkeit bezog sich nie auf die unkomplizierte Anerkennung von Studienleistungen, sondern meinte den leichteren Transfer von Arbeitskräften im europäischen Raum.

Durch diesen Umbau verändert sich auch der Inhalt des Studiums: Die Ausbildung in den Gesellschaftswissenschaften wird zunehmend an den Bedürfnissen der Personalabteilung, die in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, an der Produktentwicklung ausgerichtet. Die Interessen und Zukunftswünsche der Auszubildenden sind irrelevant gegenüber der ihnen zugedachten späteren Rolle in Wirtschaft und Verwaltung.

In politischen Diskussionen und Entscheidungen tauchen so Studierende, aber auch Schülerinnen und Schüler, nur noch als Ressource und Standortfaktor auf, die eine Gegend, eine Region oder ein Land attraktiv für Unternehmen machen sollen.

Doch auch angesichts dieser Realität wagen wir es immer noch auf aufklärerischen Idealen zu beharren und fordern Emanzipation und Selbstbestimmung für alle Menschen. Dies ist unserer Überzeugung nach nur möglich auf der Basis eines freien Zugangs zu Bildung auf allen Ebenen.

Wir fordern daher, als notwendige hochschulpolitische Sofortmaßnahmen:

- ein ausfinanziertes öffentliches Bildungssystem ohne Ausschlüsse, das kostenlos zugänglich ist und sich an den Bedürfnissen der Beteiligten und nicht an Profiten von Unternehmen orientiert
- und den sofortigen Abbruch des gescheiteren Bologna-Prozesses, sowie die Wiedereinführung der Magister- und Diplomstudiengänge, da diese, trotz ihrer auch von uns anerkannten Mängel, derzeit die einzige schnell umsetzbare Alternative zur Bologna-Katastrophe zu sein scheinen.

Daraus folgt für uns:

- der freie Zugang aller Studierenden zu allen Lehrveranstaltungen aller Hochschulen (wie er zu Magister- und Diplomzeiten noch selbstverständlich war)
- die Möglichkeit berlinweit Studienfächer zu kombinieren, so wie früher!
- die Zulassung zum Sommersemester (wie sie ebenfalls vor Kurzem noch üblich war)
- die Aufhebung der sich ausweitenden Anwesenheitspflicht
- ein kostenloses Gaststudium
- ein bedingungsloses Grundeinkommen, als Voraussetzung für einen wirklich freien Zugang zu Bildung
- unbeschränkter Vertrauensschutz, wie er uns bei Studienbeginn zugesichert wurde
- für alle die vom gescheiteren Bologna-Prozess betroffen sind, brauchen wir einen unkomplizierten direkten Übergang vom Bachelor in den Master ohne neue Bewerbung und ohne NC. Weiterstudieren sollte selbstverständlich sein, ein Ausstieg für diejenigen, die es wünschen aber natürlich möglich.
- Und angesichts überladener Studienordnungen und immer weniger Finanzierungsquellen: Mehr Freizeit, denn das Leben wartet nicht.

Im jetzigen Sommersemester werden wir uns mit vielfältigen Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit für unser Recht auf (Langzeit-) Studium und gegen den gescheiterten Bologna-Prozess und seine vielfältigen Folgen einsetzen.

Und: Wir werden selbstverständlich unser Studium fortsetzen!

gez. die Studis von Morgen
langzeitstudis@bologna-aussitzen.de

Unterstützt von den Studierendenparlament-Listen:

Für ewig und 3 Tage – Langzeitstudierende* (HU) • Langzeitstudis gegen Studiengebühren (FU) • Langzeitstudis gg. Studiengebühren (TU)